

Irmgard Zündorf:
Der Preis der Marktwirtschaft.
Staatliche Preispolitik und
Lebensstandard in Westdeutsch-
land 1948 bis 1963, Franz Steiner
Verlag Stuttgart 2006,
331 S. (62 €)

Im Kapitalismus richten sich die Preise nach Angebot und Nachfrage, im Sozialismus bestimmt der Staat die Preise unter volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten. So haben wir das gelernt und insofern kann es in Westdeutschland keine Preispolitik gegeben haben, meint man – jedenfalls nicht seit der Währungsreform vom Juni 1948. Ein Blick in die populär verfassten Wirtschaftsgeschichten der Bundesrepublik bestätigt diese Annahme:

Die Währungsreform hat Ludwig Erhard mit einer Wirtschaftsreform verbunden, an Stelle der Bewirtschaftung der Nachkriegsjahre, in der in der Wirtschaft alles und jedes, darunter auch die Preise der Waren, vorge-schrieben war, trat die Koordination von Angebot und Nachfrage durch Preise, die sich ohne staatliche Beeinflussung auf Wettbewerbsmärkten bildeten.

Irmgard Zündorf bereitet solcher Art Gewissheiten ein Ende. Weit in die fünfziger Jahre hinein wurden die Preise in der Bundesrepublik für einen erheblichen Teil des privaten Verbrauchs staatlich administriert. Zeitgleich mit der Währungsreform entstand ein zweigliedriges Preissystem – standen regulierte neben freien Preisen. Ordnungspolitisch war das aus Erhards Sicht gewiss ein Sündenfall, sozialpolitisch aber eine Notwendigkeit, um den an sich schon niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung durch niedrigere Preise im reglementierten Bereich vor einem weiteren Absturz infolge von Preistreiberei in der freien Wirtschaft zu bewahren. Erhard erkannte, dass die Einführung der Marktwirtschaft ihren Preis hatte und stimmte unter den gegebenen Umständen der Intervention des Staates in die Wirtschaft zu. Die staatliche Preispolitik war für ihn jedoch nur eine Übergangslösung, »solange der Markt noch nicht in allen Bereichen funktionsfähig war«. Tatsächlich blieb – allen später entwickelten Vorstellungen vom sich

rasch einstellenden Wirtschaftswunder zum Trotz – die Sicherung des Lebensstandards und des sozialen Friedens auf Jahre hinaus eine ständige Aufgabe. Zunächst die Alliierten und später Kanzler Adenauer hinderten den Wirtschaftsminister an der Demontage der sozialen Komponente der Preisbildung in der Bundesrepublik.

Irmgard Zündorf untersucht die staatliche Preispolitik – nach der Vorstellung der Preispolitik der Alliierten vor der Währungsunion – in drei Etappen: 1948-1952, 1952-1955 und 1955-1963. Viel Neues im Detail bringt sie über diesen bereits gut erforschten und vielfach dokumentierten Teil der Wirtschaftsgeschichte der BRD nicht zur Kenntnis. In der von ihr vorgenommenen gezielten Sammlung, akribischen Dokumentation, übersichtlichen Zusammenfassung und in der prinzipiellen Wertung der staatlichen Preispolitik liegt das nicht zu unterschätzende Verdienst dieser Arbeit. Abgesehen einmal von der politischen Komponente dieser Arbeit, die darin besteht, dass das Ergebnis ihrer Recherchen der augenblicklich herrschenden neoliberalen Geschichtsinterpretation gegen den Strich gehen muss, nach deren Auffassung die Bundesrepublik so lange wirtschaftlich erfolgreich war, wie ihrer Wirtschaftspolitik sich allein dem Wirken der Marktkräfte verschrieb und keine ordnungspolitischen Kompromisse gemacht wurden. Eine solche Phase hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nicht gegeben, weist Irmgard Zündorf nach, und alle Forderungen neoliberaler Ideologien in der Gegenwart, dass der Staat sich aus der Wirtschaftslenkung zurückziehen müsse, damit sich das Wirtschaftswunder wiederhole, entbehren einer historischen Grundlage. Das hätte die Autorin, nebenbei bemerkt, durchaus stärker herausstellen können.

JÖRG ROESLER

**Horst Müller (Hrsg.):
Die Übergangsgesellschaft
des 21. Jahrhunderts.
Kritik, Analytik, Alternativen,
Norderstedt 2007, 301 S. (22,80 €)**

Ein wesentliches Charakteristikum des gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandels ist die sowohl von Politik als auch von Wirtschaft betriebene, direkte Substitution politischer Entscheidungsfindung durch wirtschaftliche Prozesse, die zum Nutzen von transnationalen Unternehmen erzwungen wird. Diese Tendenz zur Suspendierung der politischen Souveränität durch eine sich zunehmend totalitär gebärdende Ökonomie, die sich nicht mehr dem politische Mehrheiten beschaffenden Staatsbürger zu stellen braucht, sondern nur noch seinen Vorständen und bestenfalls seinen Aktionären Rechenschaft schuldig ist, ist gleichbedeutend mit einer immer hemmungsloseren Ausdehnung des Prinzips der Profitmaximierung auf bislang kommerziell ungenutzte Gebiete.

Diese Entwicklung ist nicht naturgegeben und muss weder in der Logik herkömmlicher ökonomischer Theorien wie Keynesianismus und Neoliberalismus interpretiert noch einfach als Resultat historischer Entwicklung anerkannt werden. Sie kann stattdessen als vorläufiges Ergebnis innerer Widersprüche des marktwirtschaftlichen Systems gedeutet werden (das auch ökologisch zunehmend auf seine Schranken stößt). Der globalisierte Kapitalismus wird auf diese Weise als Synthese widersprüchlicher Praxisformen und somit wesentlich als eine Gesellschaft im Übergang kenntlich. Um diesen erkenntnistheoretischen wie auch praktischen Nukleus drehte sich die von der »Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft« veranstaltete Tagung »Transformation der gesellschaftlichen Praxis – Analysen und Perspektiven«, die am 10. und 11. November 2006 in Nürnberg stattfand. Diese Initiative hat es sich zur Aufgabe gemacht, die in den Feuerbachthesen im Keim vorliegende, jedoch im Laufe der Entwicklung der Arbeiterbewegung verschütt gegangene praxisphilosophische Kernstruktur marxischen Denkens wieder zu erarbeiten, wissenschaftsmethodisch zu entfalten und so fruchtbar zu machen. Letztendlich zielt dieser Ansatz dar-

auf ab, sämtliche gesellschaftlichen Prozesse, die unmittelbar als praxisunabhängig und unveränderlich erscheinen, im Konstitutionszusammenhang menschlichen Handelns zu dechiffrieren und als dementsprechend veränderbar aufzuzeigen. Dabei erfährt der Praxisbegriff bedeutende Erweiterungen: Wirklichkeit erscheint nicht mechanistisch vom menschlichen Denken abgekoppelt, sondern letzteres wird als deren unentbehrlicher, konstitutiver Bestandteil herausgearbeitet. Zugleich wird damit die Erschließung der Zukunftsdimension, die über die »Kritik« hinaus gehende konkrete Utopie zur Aufgabe der Theorie. Die Initiative hatte sich bereits 2004 zu einer Tagung getroffen. Wie bei der ersten Konferenz sind die Beiträge in einem Sammelband publiziert worden, der nun vorliegt.

Arno Münster widmet sich in seinem Eröffnungsvortrag dem außerordentlichen humanistischen Engagement sowie den praxistheoretischen Perspektiven in dem sonst wenig rezipierten Hauptwerk von Jean Paul Sartre, der »Kritik der dialektischen Vernunft«. Sartre hat damit sein ursprüngliches phänomenologisch-individualistisches Konzept von Bewusstseinsbildung bedeutend relativiert. Ursula Reitemeyer befasst sich mit Marx' Theorie der entfremdeten Arbeit. Dabei rekurriert sie leider nur auf den Entfremdungsbegriff der ökonomisch-philosophischen Manuskripte: Es wäre ein Leichtes gewesen, ihre sachhaltige Argumentation in die politisch-ökonomisch umfassendere Entfremdungsanalyse des »Kapital« als zunehmende Subjekt-Objekt-Verkehrung einzubinden. Den »Grundwiderspruch zwischen der Wertlogik des Kapitals und dem Reichtum«, das heißt dem wahren Reichtum des Menschen und der Erde, hat der Vortrag von Wolf Dietrich Schmied-Kowarzik unter Rekurs auf Aristoteles, Hegel, Platon, Marx und Bloch zum Thema. Er zeigt u. a. auf, dass sämtliche emanzipatorischen Anstrengungen, die sich auf die Hebung der Lebensumstände der Lohnarbeiter beschränken und nicht die Überwindung der diktatorischen Verwertungsökonomie mit ins Auge fassen, der wachsenden Verselbständigung von Arbeitsprodukten und gesellschaftlicher Strukturen gegenüber den tätigen Subjekten nicht Herr werden können. Harald Lemke versucht mit »Was ist Praxeologie« über einen auf den Komplex

»gegenständliche Tätigkeit« reduzierten Praxisbegriff hinauszugehen und die Dimension des »freien, guten Lebens« zu erschließen: Ein Ansatz, der mit Blick auf die anderen vorliegenden Marxinterpretationen Diskussionsbedarf anzeigt. Von Marx zu Bourdieu schreitet Julia Schnegg mit ihren Ausführungen zu »Praxis als Erkenntnis- und Theorieproblem«. Sehr schön wird hier, vor allem mit Bezug auf die für Bourdieu zentrale Habitus-Theorie, die Verzerrung des intellektualistischen Blicks auf die soziale Praxis herausgearbeitet, insofern weder Subjektivismus noch Objektivismus verstehen können, was Praxis eigentlich bedeutet: Das sowohl Gegeben- als auch Geschaffensein von Subjekten und Objekten in den gesellschaftlichen Prozessen, wobei sich die Komponenten innerhalb des fortgehenden Praxis- und Erkenntnisprozesses verschränken und verändern. Mit diesem Beitrag schließt der erste, grundlagentheoretisch akzentuierte Teil des Sammelbandes.

Zwei folgende Artikel widmen sich durchdringenden, widersprüchlichen Tendenzen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Praxis: Auf die bedeutende Diskrepanz zwischen der Informations- und Kommunikationstechnik, wie sie für die Herstellung von und den Handel mit isoliert produzierten Waren entwickelt wurde, und auf der anderen Seite deren Potenzial als vergesellschaftetes Wissen und eine die Vergesellschaftung erleichternde Technik macht Wolf Göhring aufmerksam. Werner Rügemer, bekannt als Analyst der »Privatisierung in Deutschland«, stellt eine konzentrierte Untersuchung im Hinblick auf die aktuelle Privatisierungspraxis vor und fasst ein mögliche »kooperative Ökonomie« ins Auge.

Im dritten Schwerpunktbereich werden politisch-ökonomische Untersuchungen in Verbindung mit der bedrängenden Frage nach konkreten Alternativen vorgestellt: Klaus Steinitz zeichnet im »Scheitern des Realsozialismus im 20. Jahrhundert – Konsequenzen für einen zukünftigen Sozialismus« nicht nur Gründe für den Niedergang des ersten Sozialismus nach. Er entwickelt aus dessen Errungenschaften auch Ansätze für ein neues Konzept, bei dem der Einfluss und die Würdigung »subjektiver Faktoren« eine notwendige und scharfe Pointierung erfährt. Über Veränderungen der Lohnarbeit im modernen Kapitalismus refe-

riert Joachim Bischoff. Er widerlegt den Mythos vom Ende der Arbeitsgesellschaft, indem er aufzeigt, dass die Arbeit der Lohnabhängigen unter den Stichworten »Flexibilisierung« und »Deregulierung« inmitten der Massenarbeitslosigkeit eine enorme Ausweitung und Intensifikation erfährt. Politische Entscheidungen wie die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre flankieren diese Entwicklung. Welche gesellschaftlichen Resultate die forcierte technologische Entwicklung zeitigt, hängt Bischoff zufolge vor allem von dem jeweiligen Verteilungsmodus des hergestellten Reichtums ab. Dieser könnte und müsste steuerlich, zu Lasten der Vermögens- und Gewinneinkommen, drastisch verändert werden, um den Sektor gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die keinen kapitalistischen Mehrwert generiert, sinnvoll zur Geltung kommen zu lassen. Ganz und gar um »Alternativkonzepte der politischen Ökonomie« geht es schließlich in dem Beitrag von Horst Müller: Der in Mexiko lehrende Sozialwissenschaftler Heinz Dieterich hat 2006 mit seinem Buch »Der Sozialismus im 21. Jahrhundert« sowohl eine scharfe Anklage kapitalistischer Zustände verfasst als auch in Verbindung von Kybernetik und Computertechnik Lösungsvorschläge für eine sozialistische Ökonomie vorgelegt. Diese werden eingehend kritisiert, wobei Müller sein eigenes Theoriegerüst entfaltet. Nach Müller verfährt Dieterich bei der Kritik von Staat, Demokratie und bürgerlicher Subjektivität abstrakt negativ, insofern er Ambivalenzen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft unterschlägt, ihre negativen Seiten verabsolutiert und moralisch mit abstrakten Gegenüberstellungen und Dichotomien operiert. Stattdessen gelte es herauszuarbeiten, wo konkrete Transformationspotenziale und zukunftssträchtige Praxisformen innerhalb der widersprüchlichen ökonomisch-gesellschaftlichen Praxis zu finden sind. Auch mit der Gegenüberstellung Dieterichs von Ökonomie als Bedarfsdeckung und Chrematistik als Bereicherungswirtschaft wird nach Müller der heutige, historisch konkrete Status kapitalistischer Überakkumulation unterbeleuchtet und das Ganze nur eindimensional negiert: »Wenn dieses System schlechthin als eine überreife oder verdorbene Existenzform beschrieben wird, die ihr Verfallsdatum überschritten hat, gerät von vornherein aus dem

Blick, ob und wie es mit Produktivkraft-elementen einer werdenden Sozialität bereits schwanger geht.« Müller setzt dem seine »dialektische Transformationsanalyse« entgegen. Er schlägt den Ausbau genau jener sozialstaatlichen Komponenten vor, die im Neoliberalismus abgebaut werden sollen, also eine Mischwirtschaft aus Lohnarbeit und steuerlich finanzierter gemeinnütziger Arbeit. Die These lautet, dass eine entsprechend neu konfigurierte »Reproduktionsordnung« den Umschlag in eine neue Wirtschaftsweise, einer »Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft« mit sich bringen kann: Man wüsste sich zu dieser weitreichenden Idee Stellungnahmen von Seiten wert- und kapitaltheoretisch Kundiger. Und allerdings bedürfen die Thesen von Müller ihrerseits noch der Konkretisierung, insofern der für diese Entwicklung reklamierte gesellschaftliche Aktivzusammenhang, ein »sozialwirtschaftliches Produktivkraftensemble«, das »Bündnisse mit traditionellen und anderen Fraktionen der Arbeit und Wirtschaft, mit fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft und sogar mit Teilen der Verwaltungsorganisation« nahe legt, unscharf bleibt. Wie soll »ein nationaler Entwicklungspakt für einen neuen Weg« entstehen können?

Die in einem von Klaus Thaler abschließenden Beitrag gegebene kurze dokumentarische Skizze zur Entstehung der neuen Linkspartei ist geeignet, diese Frage noch zu unterstreichen. So hinterlassen die Beiträge zur »Übergangsgesellschaft« unserer Zeit offene Fragen, verstärken aber zugleich durch den Versuch zur Erneuerung eines praxis-philosophischen Marxismusdenkens und durch relevante politisch-ökonomische Diskussionsbeiträge die Spannung auf Lösungen hin, die wir sehnlich erwarten.

REINHARD JELLEN

Roland Klautke,
Brigitte Ohrlein (Hrsg.):
Prekarität, Neoliberalismus,
Deregulierung, VSA Verlag
Hamburg 2007, 214 S. (11,80 €)

Die elf Beiträge des Bandes sind ein Ergebnis der Berliner Veranstaltungsreihe »Kritischer Bewegungsdiskurs«, deren erste Staffel Anfang 2006 in Berlin begann. Diese Reihe von Abendvorträgen ging von zwei Hauptthesen aus. Zum ersten sei die Dominanz des Neoliberalismus mit all ihren Folgen wie Hartz IV, Verunsicherung und Flexibilisierung, Abbau sozialer Rechte, Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge bei steigender Arbeitslosigkeit darzustellen. Zum zweiten sollte untersucht werden, inwiefern der Sozialstaat des »goldenen Zeitalters« des Fordismus heute noch als Gegenmodell taugt. Man wollte nicht zuletzt der Auffassung entgegen treten, der Neoliberalismus würde von oben oktroyiert, denn damit werde die Subjektivität derer verneint, die durch die Überwindung des hierarchischen und patriarchalen Fordismus neue Freiräume und Möglichkeiten erkämpften. Nicht zuletzt müsste die gesellschaftliche Analyse die Gewerkschaften erkennen lassen, dass eine betriebliche Sichtweise auf Arbeitsverhältnisse und Konflikte heute nicht mehr ausreiche.

Dirk Hauer weist darauf hin, dass es »Prekarisierung« schon immer gegeben habe und das so genannte Normalarbeitsverhältnis in der Geschichte des Kapitalismus historisch und erst recht global gesehen die absolute Ausnahme war. Prekarität sei derzeit als »prinzipielle und fundamentale Verunsicherung aller Lebens- und Arbeitsbereiche« zu verstehen und nicht nur als Phänomen, das die vielzitierten »neuen Selbständigen« oder die »Generation Praktikum« betreffe.

Die beiden Schweizer Wissenschaftler und Aktivisten Christian Zeller und Alessandro Pelizzari wenden sich ausführlich gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und beharren auf der öffentlichen Verfügbarkeit, der demokratischen Kontrolle und der Chancengleichheit in Zugang und Nutzung dieser Güter. Dafür sei eine gesellschaftliche Aneignung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die

Bürger und Bürgerinnen selbst notwendig, eine Verstaatlichung reiche dafür nicht aus.

Der utopischste und deswegen radikale Beitrag stammt von Werner Rätz, der dem Spektrum der post-autonomen interventionistischen Linken zuzurechnen ist. Rätz plädiert in seinem Beitrag für ein weltweites bedingungsloses Grundeinkommen und kann dies sogar einigermaßen begründen.

Die Beiträge sind durchweg eher auf einer analytischen Ebene angesiedelt, Beiträge zu realen sozialen Bewegungen finden sich nicht. Viele tragen die Krux ihres akademischen Entstehungszusammenhanges mit sich, einige, wie etwa der von Alex Demirovic zu Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften oder der von Christoph Spehr zu alternativer Produktion und Selbstverwaltung sind eher selten. Vielleicht wird das Buch zur zweiten Staffel ja besser.

BERND HÜTTNER

**Ernst Schumacher:
Ein bayrischer Kommunist
im doppelten Deutschland.
Aufzeichnungen des Brecht-
forschers und Theaterkritikers
in der DDR 1945-1991.
Herausgegeben, eingeleitet
und kommentiert von Michael
Schwartz, R. Oldenbourg Verlag
München 2007, 720 S. (69,80 €)**

Es ist erstaunlich, kaum hat das interessierte Lese-Publikum 2006 von Ernst Schumachers beeindruckendem Erinnerungsbuch »Mein Brecht« Kenntnis genommen, erscheint 2007 ein neues Buch von ihm. Es handelt sich um eine Sammlung von 83 Dokumenten, die von Ernst Schumacher, bis auf wenige Ausnahmen, vor allem als Tagebuchnotizen und »Jahresbilanzen« zwischen 1949/51 und 1990/91 verfaßt wurden. Inhaltlich spiegelt sich in dieser Publikation des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin die politische und private Biographie des 1921 geborenen Autors wider, der 1949 der KPD beitrug. Der Bezug zur Gesamtbiographie wird u. a. durch mehrere »Le-

bensläufe« vermittelt, die seine Lebensleistung in den einzelnen Etappen seiner Entwicklung bilanzieren.

Die für diese Dokumentation notwendige editorische Aufbereitung wurde vom Herausgeber Michael Schwartz mit einer »einführenden Skizze« und einer Vielzahl detail- und kenntnisreicher Anmerkungen in hervorragender Weise besorgt. Man könnte zwar einwenden, daß er damit auch eine eigene Lesart der Lebensgeschichte Ernst Schumachers vorgibt, aber er tut das mit einem Höchstmaß an Objektivität und Verständnis für einen Mann, der einen politischen Weg ging, den man heutzutage in Bayern (und wahrscheinlich nicht nur dort) vermutlich nur noch schwer verstehen kann.

Gegliedert ist das Buch in vier Hauptteile, die das jeweilige Jahrzehnt zwischen 1951 und 1991 umfassen. Sie werden durch einen »Prolog« über die »Vorgeschichte« des Kommunisten Schumacher eingeleitet und klingen in einem »Epilog« aus, der die Verfaßtheit des Autors nach Abschluß des realsozialistischen Experiments ahnen läßt.

In einer Vielzahl von Skizzen und Porträts stellt Ernst Schumacher Verwandte, Freunde und bedeutende Zeitgenossen vor, nimmt Stellung zu historischen und gegenwärtigen politischen Ereignissen und beschreibt für ihn persönlich entscheidende Wendepunkte seines Schicksals.

In den fünfziger Jahren gehört er zu der mutigen Minderheit von Leuten im Westen, welche die Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch die Politik der Eingliederung der BRD in das westliche Bündnisssystem bekämpften. Wegen dieser Aktivitäten mußte er 1952/53 zwei gerichtliche Verfahren über sich ergehen lassen. Beide Prozesse, die auf frei erfundenen Anklagen basierten, endeten mit Freisprüchen aus Mangel an Beweisen. Als er dann Anfang der Sechziger erneut verhaftet werden sollte, entschloß er sich zur Flucht in die DDR. Der Haftbefehl gegen ihn blieb bis 1968 in Kraft. Als seine Mutter 1967 starb, mußte er mit anwaltlicher Hilfe erwirken, daß er unbehelligt an ihrer Beisetzung teilnehmen konnte.

In den Sechzigern, in denen er als »freiwilliger Emigrant« in Berlin lebte und sich als Theaterkritiker und Hochschullehrer eine neue berufliche Grundlage schuf, begegnet dem

Leser ein in seinem persönlichen Leben tief erschütterter Mann. Das Heimweh nach der bayrischen Heimat, die Sorge um die kranke Mutter, die Scheidung seiner ersten Ehe und der Selbstmord einer Freundin bedrücken ihn. Verse von Nazim Hikmet zitiert er als Ausdruck eigener Befindlichkeit: »...heute, hier in berlin, vor heimweh / verreckend, fast wie ein hund./ kann ich sagen:/ ich habe gelebt wie ein mensch, doch wieviel zeit mir noch bleibt/ zu leben, und was mich erwartet./ wer weiß es?«

Im Unterschied zu Hikmet bleibt ihm noch viel Zeit. Was ihn politisch »erwartet«, war nicht vorhersehbar, noch immer war die Hoffnung auf den Sieg des Sozialismus groß.

Erst Ende der sechziger Jahre ändert sich mit einer neuen Ehe seine prekäre persönliche Situation. Nachdem sich die Absicht als nicht realisierbar erwiesen hat, beruflich wieder im Westen einen Platz zu finden, beschließt er 1972, Bürger der DDR und Mitglied der SED zu werden. Dabei behält er seinen »gesamtdeutschen« Blick auf innen- und außenpolitische Ereignisse und ist nicht nur auf Europa fixiert, was speziell auch in den Reiseberichten über China von 1956 und 1988 zum Ausdruck kommt.

Neben seiner erfolgreichen Tätigkeit als Professor für darstellende Künste, als Theaterkritiker und seinem Wirken als Mitglied des PEN-Zentrums und der Akademie der Künste wurde er nunmehr ein gefragter Mitstreiter in nationalen und internationalen Berufsorganisationen wie in der AICT, der internationalen Vereinigung der Theaterkritiker, in der er zeitweilig sogar zum Vizepräsidenten der Gesamtorganisation gewählt wurde.

In der DDR schien es damals – Anfang der siebziger Jahre – weiter voranzugehen. Der VIII. Parteitag der SED erweckte vielerlei Hoffnungen, nicht zuletzt auch unter seinen Freunden und Kollegen, die von der Politik unter Honecker besonders Veränderungen in bezug auf eine größere künstlerische Freizügigkeit erwarteten. Er selbst vertrat diese Hoffnung beispielsweise 1972 im Gespräch mit dem rumänischen Regisseur Liviu Ciulei, der über die vielfachen Behinderungen der Künstler in seinem Land berichtete. Als Ernst Schumacher dann über die »möglichkeiten nach dem VIII. Parteitag« in der DDR sprach, sah er Ciuleis skeptischen Gesichtsausdruck

und notierte danach: »auf seinem gesicht lag die bittere erfahrung, blieb die bittere erfahrung, die feste überzeugung, daß das individuum gegenüber den kollektiven gebilden fast hoffnungslos in bedrängnis geraten sei.«

1978 erfährt Ernst Schumacher am eigenen Leibe, was es heißt, in Bedrängnis zu geraten. Er schreibt eine Kritik, mit der er bei den Volksbildungsfunktionären Anstoß erregt und wird »bestraft«, indem seine alleinige, seit vierzehn Jahren andauernde Zuständigkeit für die Theaterkritik in der »Berliner Zeitung« von der Redaktion durch das Engagement weiterer Kritiker beendet wird. Obwohl diese Maßregelung vergleichsweise geringfügig war, fiel sie für ihn schwer ins Gewicht. Noch 1999 schrieb er: »ich muß wegen meiner herkunft aus dem westen immer suspekt geblieben sein.«

Schon seit 1975 plagten Schumacher, wie aus seinen Niederschriften hervorgeht, zunehmende Zweifel über den Zustand und die Perspektiven des Sozialismus. Sätze von »daß dieses Sozialismusmodell nach einer »grunderneuerung« verlangt« (1975) bis zu »unaufhaltsam setzt sich die Notwendigkeit der Reformen durch« (1988) häufen sich in den dazwischen liegenden Jahren.

Und statt der Reformen im Sozialismus kam schließlich die »Wende«, in der es um eine Rückkehr zum Kapitalismus ging. Ernst Schumacher kommentiert die Ursachen und Folgen dieses Ereignisses in den Jahresbilanzen von 1989, 1990 und 1991 mit Bitterkeit und Zorn. Er stellt fest, daß sich der Sozialismus wieder in ein »Gespenst« verwandelt hat. Ob er auch glaubt, daß dieses Gespenst eines fernen Tages in Europa wieder »umgehen« könnte, bleibt offen. Über die PDS, der er bis 1996 noch angehört, schreibt er 1991, sie sei »auf dem besten wege zum veteranenverein der »civilians« (der Ehemaligen) des real vergangenen sozialismus zu werden und bis zur nächsten bundestagswahl völlig von der bildfläche zu verschwinden...« Mit dieser Prognose hat er offensichtlich nicht Recht behalten.

FRITZ RÖDEL